

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 11

Artikel: Die osteuropäische Wirtschaftskrise : Jamal-Erdgasleitung als Ausweg?
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093785>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Sager

Die osteuropäische Wirtschaftskrise

Jamal-Erdgasleitung als Ausweg?

In einem ersten Beitrag in ZB, Nr. 6, wurde die Bedeutung der Erdgasleitung aus dem sibirischen Tjumen-Erdölgebiet nach Westeuropa dargestellt. In einem zweiten Beitrag in ZB, Nr. 9, wurden die westeuropäischen Argumente zugunsten dieses Projektes untersucht. Im vorliegenden abschliessenden Beitrag wird die prekäre sowjetische Wirtschaftslage als Motiv für das «grösste Ost-West-Handelsprojekt aller Zeiten» nachgewiesen. Es kann nicht Aufgabe des Westens sein, mit diesem Projekt der Sowjetunion den Weg zur Überwindung der Krise zu weisen, weil so das kommunistische Regime als Basis der Weltherrschaft zementiert wird.

Der alte Eugen Varga muss sich noch im Grabe grämen. Unverzagt hatte der gebürtige Ungar (1879 bis 1964), der als bedeutendster Nationalökonom und von 1939 an als Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Moskauer Führung treu diente, die grosse Krise der Marktwirtschaft vorausgesagt. Sie sollte den Endsieg des Kommunismus besiegeln. Er hatte seinen Marx studiert, aber die Entwicklung hüben und drüben durch die ideologische Brille betrachtet und deshalb gründlich missverstanden.

Varga hatte immer vor allzu engen Handelsbeziehungen mit dem Westen gewarnt, um die Sowjetwirtschaft vor dem Sog einer westlichen Krise zu schützen. Doch war die UdSSR gezwungen, auf dem Weg über den Handel den Anschluss an den technischen Fortschritt zu suchen. Hierbei wurde sie mit Westkrediten geradezu subventioniert.

Nun ist die kommunistische Planwirtschaft selber in die grösste Krise ihrer 65jährigen Geschichte geraten. Es entbehrt nicht der Ironie, dass jetzt der Westen mit den Auswirkungen der osteuropäischen Schwierigkeiten belastet ist.

Tatsächlich sind Verzinsung und Rückzahlung fälliger Kredite gefährdet. Es geht dabei nicht um einen Pappenstiel. Auf Ende 1981 wurde die Westverschuldung der sieben Länder Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, UdSSR und Ungarn auf 81,4 Mrd. \$ geschätzt. Ende des laufenden Jahres dürfte sie gar 87 Mrd. betragen, und bis 1985 könnte sie auf 135 Mrd. \$ ansteigen. Der Schuldendienst hat im Jahre 1980 bereits den Betrag von 21 Mrd. \$ erfordert. Das weitere Ansteigen des Schuldendienstes wird die Drosselung des osteuropäischen Konsums und erneut Unzufriedenheit bewirken. Dies führt zu merkwürdigen Situationen. Polen hat seit Anfang 1982 die Fleischexporte nach Westeuropa erhöht, um Devisen zu gewinnen, derweil Unterstützungspakete aus Westeuropa der polnischen Bevölkerung kostenlos zufließen. Auf diesem Hinter-

grund ist es kein Wunder, dass Moratorien zur Diskussion stehen. Betroffen sind nicht nur Polen und Rumänien; die DDR und Ungarn könnten bald nachfolgen.

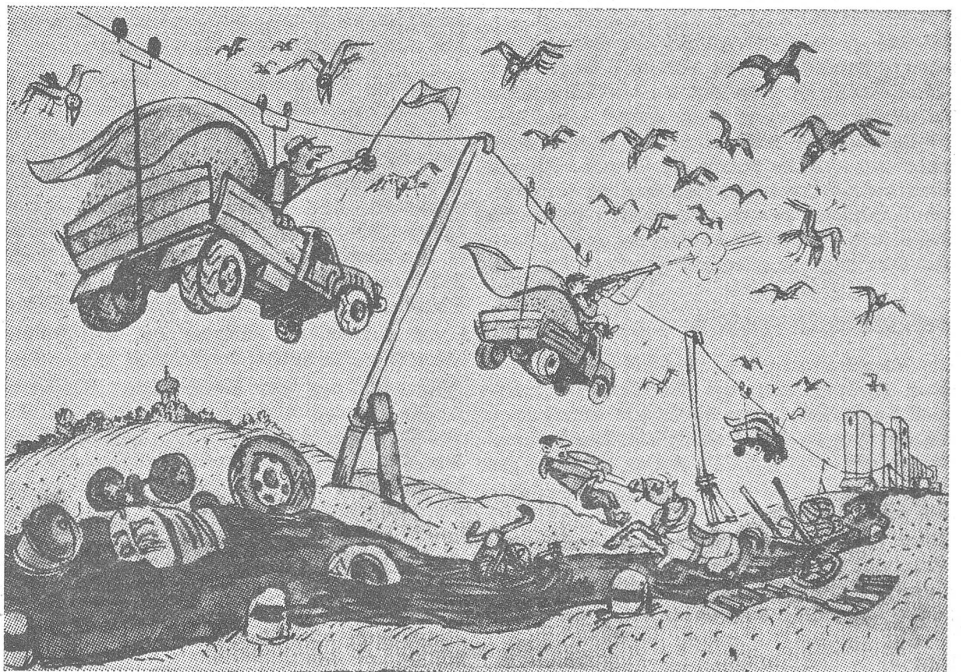
Nach Berechnungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich erreichen 1982 Kredite im Gesamtbetrag von 21 Mrd. \$ die Fälligkeit, und zwar jeweils in Mrd. \$: Sowjetunion 6,8, Polen 4,7, DDR 4, Rumänien 2,3, Ungarn 2,5 und Bulgarien 0,9. Die Verzinsung dürfte mindestens 4 Mrd. \$ zusätzlich erfordern. Der Schuldendienst wächst also im laufenden Jahr bereits

auf über 25 Mrd. \$ an, wovon rund 20 Mrd. zurückbezahlt werden müssen, wenn die Gesamtschulden 87 Mrd. \$ nicht überschreiten sollen.

Das wirft die Frage nach Ursachen und Folgen dieser Krise sowie jene nach dem westlichen Verhalten auf.

Planwirtschaftliche Ursachen der Krise

Die kommunistische Planwirtschaft ist eine zentralgelenkte Verwaltungswirtschaft. Der Volkswirtschaftsplan geht von Mengenziffern aus und schreibt die Produktion nach Art und Umfang gesetzlich vor. Damit ist der Markt mit seiner Regulierung über die Preise, wie sie sich aus Angebot und Nachfrage ergeben, ausgeschaltet. Die Anreize zur Leistung sind verlorengegangen — auf der Stufe der Arbeiter mit der Folge einer ungenügenden Arbeitsproduktivität und auf der Stufe der Unternehmen mit der Folge einer unterdurchschnittlichen Innovationsfähigkeit. Strukturanpassungen sind schwierig, und die Elastizität der Wirtschaft ist gering.



Rationalisierungsvorschlag des «Krokodil» zum Thema Getreidetransport (27/1981)

Diese Nachteile treten allerdings nicht gleichmässig in der gesamten Volkswirtschaft auf. Fehlurteile über das sowjetische Wirtschaftssystem werden nur dann vermieden, wenn man sich vor Augen hält, dass sie eigentlich in zwei parallele Volkswirtschaften aufgespalten ist: in eine machtorientierte einerseits und in eine konsumorientierte andererseits. Merkwürdig ist der Umstand, dass es unter diesen beiden Volkswirtschaften wenige Verbindungen gibt, dass sie faktisch voneinander isoliert sind. Höchstens, dass materielle und geistige Kapazitäten in die machtorientierte Wirtschaft abgezogen werden.

Die konsumorientierte Volkswirtschaft ist systembedingt benachteiligt und zugleich überfordert. Ihr Rückstand auf westliche Wirtschaften beträgt 10 bis 50 Jahre. Die Symptome äussern sich in einer mangelhaften Versorgung mit Nahrungsmitteln und Konsumgütern des täglichen Bedarfs sowie in einer anhaltenden Wohnungsnot. Sie werden sichtbar gemacht durch die Einführung von Lebensmittelkarten in vielen Städten und durch Käufer-schlangen vor allen Geschäften, Erscheinungen, die nur der feudalen «Neuen Klasse» erspart geblieben sind.

Die machtorientierte Volkswirtschaft weist andererseits dank besonderer Förderung eine beachtliche Leistungskraft auf: In vielen Sparten von der Rüstungsindustrie bis zur Weltraumforschung liegt die Sowjetunion mit oder nahe an der Spitze. Zum Teil ist das auch auf legalen Import und illegale Beschaffung westlicher Technologie zurückzuführen. Zur machtorientierten Volkswirtschaft sind natürlich auch Dienstleistungsbetriebe zu zählen, die wie Propaganda, Desinformation, ideologische Ausbildung und anderes mehr von Belang im politischen Krieg sind.

Es ist ungemein schwer, die gesamtwirtschaftliche Leistungskraft der Sowjetunion mit dem Westen zu vergleichen. Schätzungen reichen von 45 bis 67%:100%. Noch schwieriger ist ein Vergleich des Lebensstandards; der sowjetische dürfte höchstens einen Drittel des westeuropäischen betragen.

Die teils grotesken Nachteile des kommunistischen Wirtschaftssystems sind seit langer Zeit offensichtlich. Bis zum Zweiten Weltkrieg fielen sie wegen der angestrebten Autarkie und der selbstgewählten Isolierung der Sowjetunion nicht auf; danach wurde die Ursache für die Wirtschaftsmisere in den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges gesucht; schliesslich haben die steigenden Erdölpreise in den siebziger Jahren eine Besserung vorgetäuscht.

Politische Ursachen

Die Verantwortung liegt jedoch bei der politischen Führung. Sie muss die Wirtschaft zwingend kontrollieren, um die Macht aufzubauen, die den Weg zum Ziel ermöglicht. Das bedeutet Ausbeutung, und sie fällt um so schwerer ins Gewicht, als die Kontrolle einen grossen bürokratischen Apparat voraussetzt.

Unter Chruschtschow hatten sich Ansätze zur wirtschaftlichen Liberalisierung herausgebildet, die zunächst mit der vorangehenden Periode des Stalinismus scharf kontrastierten und darum besonders grosse Hoffnungen weckten. Zudem hatte er es eher auf einen wirtschaftlichen Leistungswettbewerb als auf die rasche Verwirkli-



«Schnell, den Qualitätsstempel drauf!» («Krokodil», 25/1981)

chung der Vormachtstellung abgesehen. Nach seinen Vorstellungen sollte der sowjetische Lebensstandard den amerikanischen im Jahre 1980 gar übertreffen! In der Ära Chruschtschow zeichnete die Sowjetunion einen beachtlichen Leistungsaufschwung; der Abstand zum Westen konnte erstmals etwas verkürzt werden.

Nachfolger Breschnew setzte andere Prioritäten. Ihm war die Erreichung der Vormachtstellung wichtiger als der Ausbau einer konsumorientierten und konsolidierten Wirtschaft. Unter seiner Führung verstärkte Moskau sein weltweites Engagement mit raschen Schritten. Unter Chruschtschow konnte nur ein Land zusätzlich in den Satellitenstatus versetzt werden: Kuba 1959. Im gleichen Zeitraum begann sich aber China dem sowjetischen Einfluss zu entziehen. Unter Breschnews Führung hat die Sowjetunion ihre Herrschaft beträchtlich ausgeweitet: Vietnam, Laos und Kambodscha; Südjemen, Äthiopien und Afghanistan; Angola und Mosambik. In weiteren Ländern wie Syrien, Libyen, Iran, Grenada, Nicaragua, Kongo und Madagaskar verstärkt sich der sowjetische Einfluss. Auf der Verlustseite stehen in der Ära Breschnew nur Ägypten, Somalia und Chile.

Die Sowjetführung hat sich also unter Breschnew auf die Ziele der «Weltrevolution», der Weltherrschaft, zurückbesonnen. Dementsprechend wurde die bürokratische Kontrolle über die Wirtschaft nicht weiter gelockert, sondern womöglich noch verstärkt. Das Ergebnis — ein

relatives Absinken der gesamtwirtschaftlichen Leistung — wurde hingenommen als Preis, der für die Verfolgung der politischen Ziele zu bezahlen ist.

Allein die Unterstützung Kubas mit rund 8 Mio. \$ und Vietnams mit etwa 6 Mio. \$ täglich stellen eine ungeheure Belastung der sowjetischen Staatskasse dar. Dabei sind Afghanistan und Äthiopien ebensowenig mitgezählt wie Polen, das 1981 eine sowjetische Wirtschaftshilfe von mindestens 4 Mrd. \$ erhalten haben dürfte. Auch die Kosten des weltweit überaus aktiven Propagandaapparates bleiben hier unberücksichtigt.

Gegenleistungen erhält die Sowjetunion in einer Form, die sich nur bedingt wirtschaftlich auswirkt. Kuba stellt dem sowjetischen Imperialismus Soldaten in Afrika zur Verfügung, und Vietnam ist gezwungen, «Gastarbeiter» nach der Sowjetunion zu entsenden, die dort unter schweren Bedingungen eingesetzt werden, offenbar auch zum Bau der Erdgasleitung nach Westeuropa. Man spricht von rund 500 000 Vietnamesen in der Sowjetunion; die «Iswestija» gibt deren 7000 zu.

Achillesferse Landwirtschaft

Nachteile und Belastungen der bürokratischen Planwirtschaft wirken sich in der Agrarpolitik unmittelbar aus und werden dort sichtbarer als anderswo. Jedes kommunistisch geführte Land

leidet an einem relativen oder gar absoluten Rückgang der Agrarproduktion. Erholungszeichen gibt es lediglich in Ungarn, seitdem dort die Kollektivwirtschaft gelockert worden ist.

Die Sowjetunion liefert den wohl schlagendsten Beweis für das Versagen der Planwirtschaft. Kolchos- und Sowchos-Bauern und bestimmte weitere Arbeitnehmer können auf einer sogenannten Nebenhofstelle von höchstens einem halben Hektar Arbeitsleistung, Anbau und Verwendung des Produktes selber und nach privatwirtschaftlichen Ueberlegungen bestimmen. Diese Nebenhofstellen machen rund 3 Prozent der gesamten bebauten Fläche aus. Wenn man vom Getreide absieht, erbringen sie 28 Prozent der sowjetischen Agrarproduktion.

Diese Gegebenheiten führen zu wichtigen Schlussfolgerungen. Die kommunistischen Länder können sich eine erhebliche Steigerung der Nahrungsmittelfuhren gar nicht leisten. Sie sind also auf diesen privaten Sektor angewiesen, wenn die Unterernährung nicht riskiert werden darf. Und umgekehrt: Wenn die Getreideimporte ausfielen, müsste der Agrarsektor wesentlich stärker liberalisiert werden. Daraus folgt, dass die westlichen Getreidelieferungen die Kollektivierung der sowjetischen Bauernschaft unterstützen. Sie gefährden zudem die Welternährung, weil die sowjetische Landwirtschaft daran gehindert wird, das ihr mögliche grössere Agrarprodukt zu erbringen.

Ein amerikanischer Bauer ernährt etwa siebzig Menschen, die amerikanische Landwirtschaft mithin mehr als die doppelte Bevölkerung des eigenen Landes. Ein englischer Bauer ernährt rund 62 und ein westdeutscher etwa 37 Menschen. Ein ostdeutscher Bauer bringt es auf 18 Menschen, ein sowjetischer auf 10 und ein polnischer nur auf 6 Menschen. Das Missverhältnis ist krass und gerade im Falle des geteilten Deutschland ohne Zweifel als systembedingt nachweisbar. Vor der Oktoberrevolution war Russland ein Weizenexportland. Auf einen solchen Beitrag zur Welternährung wäre die Menschheit heute dringend angewiesen.

Die drei sowjetischen Missernten 1979 bis 1981 haben die osteuropäische Wirtschaftskrise enorm verschärft. Um den Nahrungsmittelbedarf einigermaßen zu decken, muss sehr viel

Getreide eingeführt werden. Das ist eine weitere finanzielle Belastung, die 1979 und 1980 zwischen 5 bis 10 Mrd. \$ betrug und 1981, einschliesslich Fleisch- und Zuckerimporte, auf etwa 14 Mrd. \$ hinaufschellte. Für 1982 wird eine Zunahme auf 16 Mrd. \$ erwartet.

Einen halben Lichtblick bietet das laufende Jahr. Das Planziel von 237 Mio. t Getreide — gegenüber einer Ernte von etwa 170 Mio. t 1981 — kann zwar einmal mehr nicht erreicht werden. Die Früherkennung der Herbsternste lässt jedoch einen Ertrag von 200 Mio. t erhoffen. Das ist mehr als in den drei vorangehenden Jahren, deckt aber den eigenen Bedarf von schätzungsweise 210 Mio. t nicht ganz und erlaubt keine Vorratsbildung. Zudem sind diese 200 Mio. t noch nicht unter Dach und Fach.

Aussenhandel

Der osteuropäische Aussenhandel kann aus eigener Kraft nicht zur Krisenüberwindung beitragen. Industrieprodukte finden in Hartwährungsländern keinen leichten Absatz, weil sie qualitativ meist ungenügend sind. Hier wirkt sich die systembedingte Schwerfälligkeit in der Innovation besonders nachteilig aus. Die Handelsbilanz der Sowjetunion mit den Industrieländern ist 1981 mit über 1 Mrd. \$ in die roten Zahlen geraten.

Der Ost-West-Handel hat sich in den letzten fünfzehn Jahren nur dank der überaus grosszügigen Westkredite stark entwickeln können. Die Folge ist jedoch eine Verschuldung der Staaten, die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) zusammengeschlossen sind. In diesem Rat hätte sich der Westen die Ehrenmitgliedschaft verdient. Denn die Westkredite haben unter anderem den kommunistischen Ländern erlaubt, die mittlerweile erzielte militärische Ueberlegenheit zu finanzieren. Für ihre Rüstung gibt die UdSSR rund 15 Prozent ihres Sozialproduktes aus — etwa das Doppelte der Vereinigten Staaten.

Die Nettoverschuldung des Ostblocks hat von 6 Mrd. \$ im Jahre 1971 auf 29 Mrd. \$ 1975 und auf 81,4 Mrd. \$ 1981 zugenommen. Allein der Schuldendienst kostet Polen knapp mehr als den Wert seiner ganzen Westexporte, die DDR

60 Prozent, Ungarn 50 Prozent, Rumänien und Bulgarien 40 Prozent, die UdSSR 30 Prozent. Der Westhandel bietet Osteuropa keinen Ausweg mehr aus der Krise. Zwar wirkt sich der Rückgang des Osthandels jetzt belastend für die Wirtschaft des Westens aus. Aber grösserer Schaden entsteht in Osteuropa; die technologische Lücke zum Westen wird sich weiter öffnen.

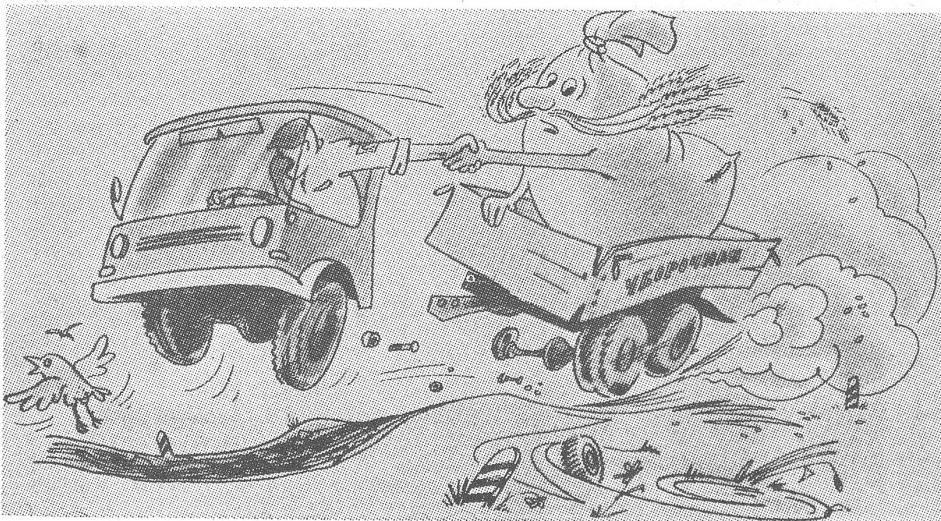
So versucht die Sowjetunion, die internationalen Handelsströme umzulenken. In der technologischen Hierarchie ist die Dreiteilung der Welt gegeben: der Westen nimmt den ersten, die kommunistischen Länder nehmen den zweiten und die Entwicklungsländer den dritten Platz ein. Die Industrieländer tauschten bislang ihre Erzeugnisse gegen die Rohstoffe der Dritten Welt. Die Sowjetunion versucht nun, sich in diese direkte Beziehung einzuschalten, indem sie ihre Produkte, die im Westen schwer verkäuflich sind, gegen die Rohstoffe der Dritten Welt tauscht, um diese danach dem Westen gegen dessen hohe Technologie anzubieten.

Damit verfolgt Moskau natürlich auch die politische Absicht, die sowjetische Position zu verbessern, indem sie ihre Nachfragemacht in den Entwicklungsländern und ihre Angebotsmacht in den Industrieländern stärkt. Als Hindernis auf diesem Weg erweist sich allerdings die wachsende Erkenntnis in den Entwicklungsländern, dass sie mit Exporten in die Weichwährungsländer der «Zweiten Welt» auf deren begrenztes und qualitativ nicht immer genügendes Warenangebot beschränkt bleiben und somit an Handlungsfreiheit einbüßen.

Die Sowjetunion ist nicht aller Aktiven entkleidet und keineswegs etwa bankrott. Nach eigenen Angaben hat ihr Aussenhandelsumsatz 1981 110 Mrd. Rubel betragen. Sie kann zwar nicht auf einen zureichenden Export ihrer Industrieprodukte bauen, aber auf den Absatz von Gütern, die verhältnismässig leicht verkäuflich bleiben. In erster Linie sind dies Erdöl und Erdgas, Gold und Diamanten. Der Verkaufszwang fällt indessen just in eine Periode weltweiter konjunktureller Abkühlung. Daher unterbietet Moskau in seinem akuten Devisenhunger die Weltmarktpreise; Erdöl wurde am Rotterdamer Spotmarkt mit 10 bis 12 Prozent, Holz in Grossbritannien mit 20 Prozent, Titanium mit 30 Prozent Rabatt angeboten. Doch der Kreditbedarf bleibt augenfällig: in Japan und in der BRD bemüht sich Moskau trotz steigenden Zinsen um zusätzliche Kredite, und Getreideimporte aus den USA werden erstmals mit Halbjahresziel bezahlt.

Wenn der Erdölpreis nicht ansteigt, gerät die sowjetische Planung in Schwierigkeiten. Im Herbst 1981 teilte Moskau den osteuropäischen Satelliten mit, die vertraglich bis 1985 zugesicherte Lieferung von 80 Mio. t Erdöl jährlich werde um 10 Prozent gekürzt. Die so eingesparten 8 Mio. t sollen im Westen verkauft werden, kompensieren jetzt aber nicht einmal mehr die Preisreduktion. Dabei ist die sowjetische Oelförderung tendenziell sinkend. Die Oelverkäufe an den Westen haben 1981 17 Mrd. \$ eingetragen, der Erlös für 1982 wird auf 14 Mrd. \$ geschätzt; ein Ausfall von 3 Mrd. \$. Vergangenes Jahr wurden 72 Prozent der sowjetischen Hartwährungseinnahmen aus Energieverkäufen erzielt.

Die Goldexporte wurden erhöht, aber ebenfalls zu sinkenden Preisen. Für die rund 90 t, die



Das Wetter ist nicht alleine Schuld am Getreidemanko. («Krokodil», 25/1981)

Moskau 1980 verkauft hatte, erhielt es 1,5 Mrd. \$; für die 250 bis 300 t, die 1981 abgestossen wurden, löste es rund 3 Mrd. Im laufenden Jahr könnte die Sowjetunion versuchen, bis zu 500 t Gold zu verkaufen, entsprechend einem Viertel ihrer geschätzten Goldreserven. Das würde allerdings den Goldpreis nochmals drücken, zumal wegen sinkender Oelpreise auch arabische Hortungsbestände auf dem Goldmarkt erscheinen könnten.

Mit Waffenverkäufen in Petrodollar-Länder der Dritten Welt — die UdSSR ist der grösste Waffenexporteur der Welt — kann die Sowjetunion Devisen verdienen: im Jahre 1981 immerhin rund 6 Mrd. \$. Aber auch hier ist die Prognose nicht allzu günstig, da sinkender Oelkonsum den Petrodollar-Zufluss hemmt. 1982 dürfte der Erlös auf 4 Mrd. \$ zurückgehen.

Einzig das Erdgas-Geschäft berechtigt zu grösseren sowjetischen Hoffnungen.

Stellenwert des Erdgas-Geschäftes

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion und der ganzen Comecon-Gruppe sind auf verschiedenen Ebenen ausserordentlich gross. Wir fassen zusammen:

- Die Kosten des Imperiums steigen rapid an; Kuba, Vietnam, Afghanistan und Aethiopien (wo die Unterstützung ungenügend bleibt und der Krieg noch nicht gewonnen ist) führen zu einer finanziellen Ueberbeanspruchung.
- Die osteuropäische Rüstung hemmt die Konsumgüterproduktion und weckt wachsende Unzufriedenheit.
- Die Kreditfähigkeit Osteuropas hat gelitten, was sich in einer Verkürzung der Kreditfristen und einer Erhöhung der Zinsen niederschlägt.
- Zur Erhaltung der Kreditfähigkeit ist die UdSSR zu Hilfsmassnahmen — vorerst zugunsten Polens — gezwungen, die schwer zu verkraften sind.
- Die Agrarkrise hält an; eine Wende ist noch nicht in Sicht.
- Die Aufnahmefähigkeit des westlichen Marktes für osteuropäische Industrieerzeugnisse wird weiter sinken; höhere Preise für sowjetische Erdöl-, Gold- und Diamantexporte sind wenig wahrscheinlich.

Binnenwirtschaftlich kann Osteuropa diese Krise, so schwer sie auch ist, dank totalitärer Methoden voraussichtlich verkraften. Aber ausenwirtschaftlich steht eine schwere Liquiditätskrise an. Darum werden so grosse Hoffnungen auf die Jamal-Erdgasleitung gesetzt.

Einmal fertiggestellt, sollen auf diesem Weg jährlich rund 40 Mrd. m³ Erdgas nach Westeuropa geliefert werden. Der Devisenerlös wird mit etwa 7 Mrd. \$ jährlich veranschlagt. Das wird die Sowjetunion der grössten Sorgen entheben. Eben dieser Umstand spricht aus westlicher Sicht gegen die Errichtung einer solchen Erdgasleitung, die überdies mit Westkrediten gebaut werden soll und die westliche Abhängigkeit von sowjetischen Energielieferungen verstärken wird.

Der Verzicht auf den Bau des Stranges nach Osten ist nicht deshalb zu befürworten, weil dadurch Moskau auf seiner Liquiditätskrise sitzenbleibt. Das wäre ein ärmliches Ziel westlicher

Politik. Wenn die Liquiditätskrise jedoch als Mittel eingesetzt wird, um wirtschaftlich günstige, ethisch vertretbare und politisch nützliche Ziele anzustreben, dann ist der Verzicht auf die Erdgasleitung zweifellos richtig.

Daher muss die Frage aufgeworfen werden, welche Optionen der Sowjetunion neben dem Erdgas-Verkauf offenstehen, um die Wirtschaftskrise zu beheben. Die Antwort liegt auf der Hand: einzig eine Liberalisierung politischer und wirtschaftlicher Natur könnte zur Ueberwindung der Krise führen.

Die politische Liberalisierung bedeutet einen langsamen Abbau der Weltherrschaftspläne. Erste Massnahme wäre das sowjetische Desengagement in Kuba und Vietnam. So könnten rund 5 Mrd. \$ eingespart und auch eine innenpolitische Lockerung eingeleitet werden.

Die wirtschaftliche Liberalisierung hätte bei der Landwirtschaft einzusetzen. Dadurch liessen sich bedeutende Anfangserfolge erzielen: Innerhalb von zwei oder drei Jahren könnte der Aufwand für Nahrungsmittelimporte vermutlich um 4 bis 5 Mrd. \$ gesenkt werden.

Diese seit Jahren vertretene Meinung wird jetzt voll bestätigt: In der Sowjetunion kommt die Diskussion um erste zaghafte Liberalisierungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, um die

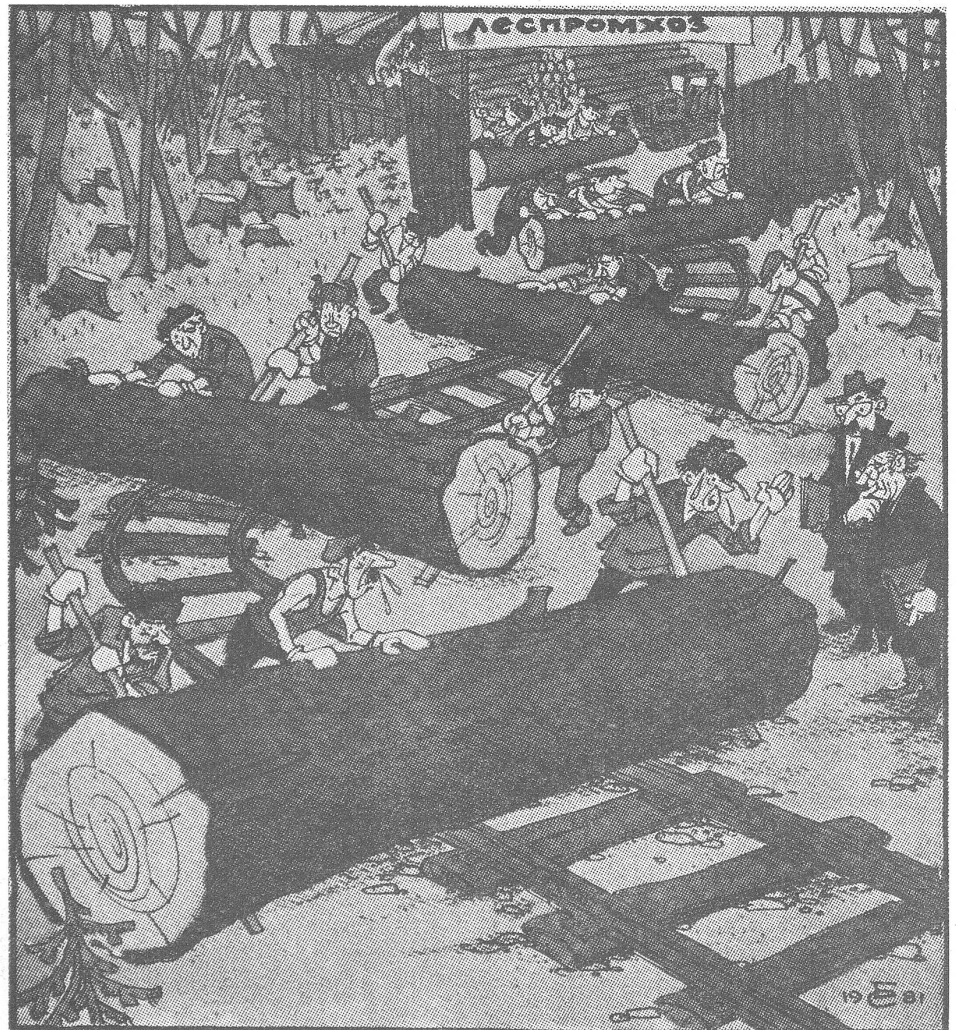
Uebernahme ungarischer Vorbilder und Erfahrungen, gerade in Gang.

Der Bau der Erdgasleitung dagegen wird es der Sowjetunion erlauben, dem Zwang zu eben dieser Option der Liberalisierung zu entgehen. Das ist das wichtigste und entscheidende Argument gegen den Bau dieser Erdgasleitung, die bloss kurzfristigen Interessen Westeuropas dient, die Interessen der osteuropäischen Völker beiseite lässt und langfristig den Interessen der ganzen Menschheit abträglich ist.

Diese Feststellung sei abschliessend illustriert. Die wichtigsten Kornkammern der Welt liegen in Nord- und Südamerika. Darauf stützt sich die Welternährung. Die russische Kornkammer geht unter dem sowjetischen Joch langsam verloren. Wenn es aus klimatischen Gründen zwei Missernten auf beiden amerikanischen Kontinenten gibt, droht der Welt eine Hungerkatastrophe gigantischen Ausmasses.

Um sie zu vermeiden, muss die Welternährung breiter abgestützt werden. Voraussetzung dazu ist eine Aktivierung der sowjetischen Agrarproduktion, die sich als Folge einer Liberalisierung einstellen wird.

Der Bau der Erdgasleitung enthebt die Sowjetführung des Zwanges zu solcher Liberalisierung.



«Haben sie wieder keine Waggons geschickt?» («Krokodil», 24/1981)